

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- Planungs- und Verkehrsausschusses

am Dienstag, dem 22.02.2000

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | | |
|---|-------------------|---|
| 1 | | Einwohnerfragestunde |
| 2 | 05 - 13 0193/2000 | Entwicklungsplan "Innenstadt 2000 - 2010" - Entwurf zu einem integrierten Handlungskonzept -;
hier: Erfassung aller städtebaulich relevanten Entwicklungsmaßnahmen mit erster Beratung |
| 3 | | Mitteilungen und Anfragen |
| 4 | | Einwohnerfragestunde |

Anwesend sind: Diks, Johannes
als Vorsitzender

Die Mitglieder: Brink ten, Johannes
Brouwer, Botho
Faulseit, Michael
Heuvelmann, Christian
Janssen, Hans-Willi
Kremer, Helmut
Kunigk, Heinz als Vertr. f. Mitgl. Jansen
Niemann, Paul
Scheftschik, Carmen
Sickelmann, Ute
Struckhof, Dieter
Tepaß, Udo

Von der
Verwaltung: Bürgermeister Boch
Dezernent Stangert
Herr Kemkes
Herr Baumgärtner
Frau Ohm (Schriftführerin)

Vorsitzender Diks eröffnet die öffentliche Sitzung um 18.05 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Mitglied Struckhof wünscht eine Erweiterung der Tagesordnung um Punkt 2a, da die FDP-Fraktion auch ein Konzept vortragen möchte.

Vorsitzender Diks weist darauf hin, dass im Rahmen der Beratung zum TOP 2 dieser Antrag beraten werden kann. Die Tagesordnung wird somit genehmigt.

I. Öffentlich

TOP 1

Einwohnerfragestunde

Herr Seeger berichtet, dass der Radweg Hüthumer Straße vom Borgheeser Weg bis zur ehemaligen Molkerei sich in einem schlechten Zustand befindet. Hier müsste der Bauhof Ausbesserungen durchführen.

Die Verwaltung wird dem Bauhof berichten.

TOP 2

Entwicklungsplan "Innenstadt 2000 - 2010" - Entwurf zu einem integrierten

Handlungskonzept -;

hier: Erfassung aller städtebaulich relevanten Entwicklungsmaßnahmen mit erster Beratung

(Nr. 05 - 13 0193/2000)

Herr Kemkes berichtet, dass in der Vorlage die Vorgehensweise der Verwaltung dargelegt wurde. Hiernach hat Planungssicherheit Vorrang vor weiteren Investitionen. Die Zielsetzung für das Jahr 2000 wurde früh in Angriff genommen. Hier war erkennbar, dass für die Innenstadt Investitionen verstärkt werden müssen. Er erläutert die kurzfristigen Maßnahmen, insbesondere die Punkte 1 - 4. Dazu zählt die Überarbeitung des Verkehrsplanes, die Innenstadt-entwicklung. Im Haushaltsplanentwurf sind 105 TDM für Planungskosten eingestellt. In diesen Kosten ist die Erstellung eines Strukturgutachtens zur Weiterentwicklung der Innenstadt durch das Büro Junker + Kruse enthalten.

Weiterer Punkt ist die Durchführung eines Workshop-Verfahrens für die Verbindung Achse Nonnenplatz - Alter Markt - Rheinpromenade. Nächster Punkt ist die Vorbereitung des städtebaulichen Realisierungswettbewerbes. Darunter fällt die Umgestaltung der mittleren Kaßstraße, Verbindung Rhein-Center, Neumarkt über den Alten Markt bis zur Steinstraße auf der Basis des Gutachtens Junker. Er begrüßt die umfangreichen Papiere der CDU- und SPD-Fraktion zu diesen Themen.

Mitglied Jessner merkt an, dass für die Beratung 2 Termine vorgesehen sind, so dass in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung vorgesehen ist. Er hält die Vorschläge der Verwaltung für gut und die Vorgehensweise für richtig, da sie sich auch mit dem Leitbild decken. Er versteht die Beiträge der verschiedenen Fraktionen als Material für künftige Diskussionsgrundlage.

Vorsitzender Diks führt aus, dass er keine Einzeldiskussionen zulassen wird.

Mitglied Heuvelmann ist der Meinung, dass zum Thema Überarbeitung des Verkehrsplanes Eile geboten ist. Die gilt auch für das Löwentor. Bezüglich der Rheinpromenade merkt Mitglied Heuvelmann an, dass der Begriff Durchgangsverkehr irreführend ist. Die CDU-Fraktion wünscht, dass zur Sitzung am 14.03.2000 das Büro Junker + Kruse eingeladen wird.

Herr Kemkes weist darauf hin, das Herr Junker erst gegen 20.00 Uhr hier eintreffen kann. Bezüglich des Verkehrsgutachtens führt Herr Kemkes aus, dass zur Durchführung einer Bürgerbeteiligung vor dem 14.03.2000 die Zeit knapp sei.

Mitglied Sickelmann verweist auf die Broschüre der Stadt Neuss, aus der 2 Artikel für die Mitglieder in der Anlage beigefügt wurden. Sie stimmt der Verwaltungsvorlage zu und erklärt, dass das Gutachten auch sofort vergeben werden könnte, da die Zeitschiene lange dauern wird.

Dezernent Stangert ist auch der Meinung das diese Sache sofort in Angriff genommen werden muss, damit möglichst vor der Sommerpause die Auftragsvergabe erfolgt. Der Realisierungs-wettbewerb muss im Herbst anlaufen, damit im Jahr 2001 mit konkreten Maßnahmen begon-nen wird.

Weiter führt Mitglied Sickelmann aus, dass bestimmte Maßnahmen in diesem Sommer ausgeführt werden sollen. Dazu gehört auch die einheitliche Möblierung der Außen-gastronomie an der Rheinpromenade. Desweiteren soll mit dem Büro vereinbart werden, dass ein Fassadenwettbewerb im Plan integriert wird. Weiter möchte sie wissen, wie das Work-shopverfahren mit den einzelnen Büros koordiniert wird.

Darauf antwortet Herr Kemkes, dass das Umfeld des Bahnhofs zunächst losgelöst zu betrach-ten ist. Die Verwaltung hat vorgeschlagen für das Workshopverfahren Professor Hermanns als unabhängigen Sachverständigen hinzuzuziehen.

Mitglied Struckhof erklärt, dass die FDP-Fraktion auch ein Konzept erstellt hat. Dazu gehört die Befahrbarkeit der Rheinpromenade als Einbahnstraße vom Kleinen Wall bis zur Hafen-straße. Ansonsten sollen keine weiteren Änderungen vorgenommen werden, da noch der Hochwasserschutz ansteht. Die Kaßstraße soll durchgehende Fußgängerzone bleiben, die Steinstraße möglicherweise für den Verkehr aus Richtung Alter Markt geöffnet werden. Der Parkplatz Neumarkt soll für Besucher geöffnet werden. Weiter führt er aus, dass 2 Beratungen zu diesem Thema zu wenig sind und schlägt vor, alle 14 Tage eine Sitzung abzuhalten.

Vorsitzender Diks ist auch der Meinung, dass 2 Termine nicht ausreichen und kündigt weitere Sitzungen bei Bedarf an.

Mitglied Jessner vertritt die Meinung, dass die Fußgängerzonen zu lang sind. Desweiteren ist er der Meinung, dass am 14.03.2000 einige Sofortmaßnahmen beschlossen werden sollten und beauftragt die Verwaltung neben den Maßnahmen auch die Kosten zu benennen.

Mitglied Tepas berichtet, dass über die Unterführung Löwentor schon seit 25 Jahren ohne Ergebnis beraten wird und hofft, dass künftig wenigstens 2 Projekte pro Jahr verwirklicht werden.

Auf Anfrage von Mitglied Niemann, ob es sich um konkrete Abrisse handelt, antwortet Mitglied Struckhof, dass es ein Papier gibt, wonach 400 Parkplätze in der Innenstadt wegfallen werden.

Herr Kemkes stellt klar, dass die Verwaltung im Rahmen der Diskussion zum Thema Parkplätze die Parkplatzsituation dargestellt hat, die durch Umgestaltungsmaßnahmen und Zuordnung von Parkbereichen wegfallen werden. Dafür muss an der Peripherie Ersatz geschaffen werden.

Mitglied ten Brink wünscht die Erweiterung des Punktes 5 der Verwaltungsvorlage (Planung und Neubau Nonnenplatz und Umfeld) um folgende Formulierung: "...einschließlich Verkehrsführung des Umfeldes".

Mitglied Heuvelmann schlägt vor, Punkt 1 zu beschließen.

Mitglied Sickelmann möchte wissen, wie die Bausünden bis zum Beschluß einer Gestaltungs- bzw. Werbegestaltungssatzung verhindert werden sollen.

Dezernent Stangert erklärt, dass insbesondere die Planung in der Fährstraße in 2 Ausschüssen beraten und beschlossen wurde. Diese Bausünden können erst dann vermieden werden, wenn die genannte Gestaltungssatzung beschlossen wird.

Mitglied Sickelmann schlägt vor, die Werbefirmen zu einem beratenden Gespräch einzuladen und die Gestaltungswünsche vorzutragen.

Dezernent Stangert führt aus, dass es, ähnlich wie in Elten, eine Bestandsaufnahme der Häuser in der Innenstadt geben wird, und aus der Analyse heraus einzelne Entscheidungen

getroffen werden können.

Mitglied Jessner führt zum Vorschlag von Mitglied Heuvelmann (Pkt. 1) aus, dass dieser Punkt vorgezogen werden könnte, allerdings müsste bekanntgegeben werden, an wen der Auftrag vergeben wird, in welchem Umfang und mit welchem Ziel. Desweiteren unterstützt er die Aussage von Mitglied Sickelmann bezüglich der Fassadengestaltung und Werbeanlagen. In der Zwischenzeit bis zum Abschluss der Gestaltungssatzung sollten die nicht gewünschten Anlagen durch intensive Bauberatung vermieden werden.

Dezernent Stangert berichtet, dass ein Verkehrskonzept mit Grundstruktur vorliegt. Hier müsste in einigen Bereichen das Konzept modifiziert werden.

Zum Thema Gestaltung führt Mitglied Heuvelmann aus, dass hier Bausünden, wie Höhenentwicklung, Fassadenversprünge, vermieden werden müssen. Daher sollte baldmöglichst eine Gestaltungssatzung beschlossen werden.

Mitglied ten Brink möchte wissen, in welcher Reihenfolge und in welcher Abhängigkeit die aufgelisteten Punkte abgearbeitet werden sollen.

Darauf erwidert Herr Kemkes, dass bei den Punkten 1 - 4 sich eine zwingende Reihenfolge ergibt. Danach werden Grundmaßnahmen in Angriff genommen.

Mitglied Struckhof schlägt vor, für die gesamte Innenstadt die Werbeflächen zu begrenzen.

Herr Kemkes berichtet, dass in der nächsten Sitzung über Bebauungspläne und Gestaltungssatzungen für die Rheinpromenade beraten werden soll. Darin sind auch Aussagen der Verwaltung zum Thema Werbeanlagen gemacht worden. Er kann sich vorstellen, dass für den Bereich der Fußgängerzonen eine vereinfachte Gestaltungssatzung nur für Werbeanlagen möglich ist, wohl wissend, dass nach Vorliegen der Stadtbildanalyse diese Gestaltungssatzung geändert werden müsste.

Mitglied Sickelmann schlägt vor, dass bei der Begrenzung der Werbeanlagen die Hauseigentümer eingebunden werden. Außerdem sollen Gespräche mit den Werbefirmen geführt werden. Desweiteren soll das Erscheinungsbild der Stadt verschönert werden, daher sollen auch mit den Gastronomen und der EWG Gespräche über eine anspruchsvollere Möblierung geführt werden.

Mitglied Heuvelmann stellt fest, dass weitgehendst Einigkeit über die Vorgehensweise besteht und bittet die Verwaltung bei den Ver- und Entsorgern nachzufragen, welche Tiefbauarbeiten in der nächsten Zeit anstehen, damit eine sinnvolle Planung ermöglicht wird.

Mitglied Struckhof trägt einige Punkte vor: 1. er möchte wissen, ob der ÖPNV zur Verkehrsführung herangezogen wird, 2. er ist der Meinung, dass der Ratssaal für die Arbeit des Bauausschusses nicht geeignet ist und schlägt den Europasaal vor.

Vorsitzender Diks zieht folgendes Fazit: Die Verwaltung soll vor der nächsten Sitzung am 14.03.2000 eine Bürgerinformation zum Thema Verkehr, insbesondere auf der Rheinpromenade, durchführen. Auf der Tagesordnung am 14.03.00 stehen folgende Punkte: Vorstellung des Büros Junkers mit Auftragsvergabe an das Büro, Thema Verkehr, insbesondere die Beantwortung der Frage, wie der Verkehrs in der Übergangszeit bis zur endgültigen Fertigstellung der Rheinpromenade fließen soll, Beschilderung. Bis zum 14.03.2000 wird die Verwaltung eine vereinfachte Gestaltungssatzung betreffend der Werbeanlagen in den Fußgängerzonen vorlegen.

Mitglied Heuvelmann wirft ein, dass die Abfrage bei den Ent- und Versorgungsunternehmen bis dahin erfolgen muss. Die Verwaltung sagt dies zu.

Mitglied Struckhof plädiert dafür, eine Sitzung nur zum Thema Verkehrskonzept stattfinden zu lassen.

Herr Kemkes weist darauf hin, dass inzwischen bereits 22 bis 27 Tagesordnungspunkte vorliegen. Da dieses Thema sehr wichtig sei, müssen entsprechende Themen herausgefiltert werden.

Vorsitzender Diks erklärt, dass vor dem 14.03.2000 eine Bürgerinformation stattfinden soll.

Herr Kemkes schlägt den 08.03.2000 in der Europa-Hauptschule vor.

Mitglied Tepas schlägt vor, dass die Sitzung um 17.00 Uhr anfangen soll.

Die Mitglieder einigen sich auf den Termin 22.03.2000, 18.00 Uhr für eine Sondersitzung des

Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses.

Herr Kemkes schlägt für die Bürgerinformation 19.00 Uhr in der Aula der Europa-Haupt-schule vor.

Vorsitzender Diks schlägt vor, die künftigen Sitzungen weiterhin im Großen Sitzungssaal abzuhalten.

TOP 3

Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

Vorsitzender Diks schließt die öffentliche Sitzung um 19.25 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführerin